



Ohne Perspektive: Hunderttausende ohne Lehrstelle

Die Bundesanstalt für Arbeit erklärte jetzt, daß 208.500 offiziell registrierte noch keinen Ausbildungsplatz haben. Die Dunkelziffer liegt nach Angaben des DGB weitaus höher.

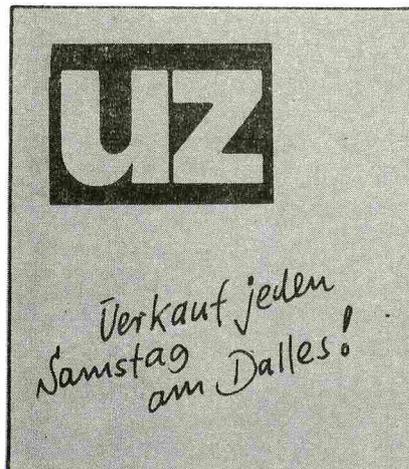
Zur gleichen Zeit, die Lehrstellennot nutzend, unternahm die Regierungskoalition jetzt einen erneuten Vorstoß, die Ausbildung ausschließlich durch die öffentliche Hand zu finanzieren, um die Unternehmer zu entlasten. Wie das aussehen soll, hat der Sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heimo George, erklärt.

Nach den Vorstellungen des ehemaligen Abteilungschefs aus dem Haus Siemens soll die berufliche Qualifizierung der Arbeitslosen von den Umschulungseinrichtungen der Arbeitsämter auf die Unternehmen verlagert werden. Sein Vorschlag, entgegen den Forderungen des DGB, sieht vor, für jeden Auszubildenden einen Zuschuß des Staates zu zahlen, der die vollen Lohnkosten deckt. Eine Milliarde Mark will George dafür eingesetzt sehen. Darüber hinaus will er, daß der gesetzliche Beitrag der Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung von 4,1 Prozent auf 4,0 Prozent gesenkt wird.

Diese völlig untauglichen Mittel, die weiterhin die Unternehmen begünstigen, beseitigen nicht die Lehrstellennot, die am 1. September noch offener zutage getreten ist. So bezeichnen Vertreter des Arbeitsamtes des Dortmunder Raumes auf einer gemeinsamen

Pressekonferenz das Ausbildungsjahr 1985/86 als das „bisher schwierigste Lehrstellenjahr seit Jahrzehnten“. Ende Juli waren dort 2.774 jugendliche Bewerber um Ausbildungsplätze registriert, denen jedoch nur 331 freie Stellen gegenüberstanden. In einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit kommt man zu dem Schluß, daß die Jugendarbeitslosigkeit ein, wie es heißt, „nie zuvor dagewesenes Ausmaß“ erreicht hat.

Auch in unserer Stadt haben zahlreiche junge Menschen keine Lehrstelle gefunden. Auf Initiative der DKP gab es hierzu schon viele Diskussionen im Stadtparlament. Leider bleibt es jetzt meist bei Diskussionen, weil die DKP im Stadtparlament seit März d. J. nicht vertreten ist und niemand ordentlich Dampf macht.



Verschiedene Welten

Über die DDR gibt es viele Meinungen. Viele kennen das Leben dort nicht aus eigener Anschauung, übernehmen oft nur das, was in der Bild-Zeitung steht. Ich glaube, man soll sich richtig informieren, über alle Aspekte des Lebens. Nehmen wir ein aktuelles Thema, die Berufsausbildung.

Insgesamt sind es 185.000 Schulabgänger, die in der DDR 1985 den Schritt ins Berufsleben machen, der seiner großen Bedeutung wegen oft auch Weg ins Leben genannt wird. In der DDR ist es selbstverständlich, gehört es sozusagen zum Alltag, daß der sozialistische Staat wie allen Bürgern gerade auch seiner Jugend eine klare Perspektive in sozialer Geborgenheit, eine sichere Zukunft bietet. Die Schulabgänger haben nicht nur ihren Lehrvertrag in der Tasche, sie wissen auch, daß ihre Arbeit gebraucht wird und daß sie nach ihrer Ausbildung übernommen werden.

Auch bei uns sind die Ferien zu Ende. Sie sind jedoch, wie dieser Tage die gewerkschaftliche Wochenschrift „Metall“ der BRD schreibt, für diejenigen, die jetzt die Schule verlassen haben, nicht unbedingt unbeschwert verlaufen. Für viele sei das „ein Start in eine ungewisse Zukunft“. In einer Abschlußklasse der Gesamtschule in Frankfurt-Griesheim haben von 26 Schülern nur acht eine Lehrstelle gefunden. Die „Süddeutsche Zeitung“ spricht angesichts der Tatsache, daß in der BRD insgesamt fast ein Drittel der Lehrstellensuchenden noch „unversorgt“ ist, davon, daß „eine neue Katastrophe über die bundesdeutsche Jugend hereinbricht“. Jeder sechste unter 25 Jahren, mit oder ohne Lehre, ist in der BRD arbeitslos.

„Ein riesiger Teil der jungen Generation“, schreibt „Time“ in einer Betrach-

tung zur Lage in Westeuropa, „ist in eine Falle geraten, aus der es schwierig ist auszubrechen.“ Von den jetzt 12,4 Millionen offiziell Arbeitslosen in der EG sind immerhin 37 Prozent unter 25 Jahre alt. Ihnen droht die Gefahr, ohne Beschäftigung zu bleiben, ihrer Jugend und ihrer Zukunft beraubt zu werden.

Wohl beklagen die westdeutschen Medien oft wortreich das Los der „in den 80er Jahren verlorenen Jugend“, und mancherorts, auch in unserer Stadt, wird versucht, mit Steuergeldern einem Teil der von dauernder Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Menschen wenigstens zeitweilig „Beschäftigung“ zu verschaffen und sie so erst einmal aus der Arbeitslosenstatistik zu verbannen. Doch die „Falle“ schnappt immer wieder zu, wie das Schicksal von Millionen in die Sackgasse der Arbeitslosigkeit geratener Jugendlicher beweist.

Den Unternehmern ist es, wie die Düsseldorfener „Wirtschaftswoche“ schreibt, zu „kostspielig“, Maschinen und Anlagen für die Ausbildung bereitzustellen. Wenn es um Profit geht, wird die Jugend ins Abseits gestellt.

Sozialismus und Kapitalismus sind in der Tat ganz verschiedene Welten.

Rudi Hechler

Mach mit
in der



Lehrstelle gesucht

„Laß Dir Dein Lehrgeld wieder zurückgeben“ ist ein Ausspruch, der heute noch gebräuchlich ist, wenn jemand im Beruf gehudelt hat. Der Ausspruch datiert aus der Zeit, da die Eltern noch dem Lehrherrn Geld zahlen mußten, damit er ihrem Kind die Handwerkskunst beibrachte. Durch den Kampf der Arbeiterbewegung, die Industrialisierung und die steigende Nachfrage nach Fachkräften wurde es möglich, daß die Lehrlinge nicht nur kostenlos lernen konnten, sondern darüber hinaus ein Erziehungsgeld vom Lehrherrn bekamen. Lehrlinge waren oft billige Arbeitskräfte, die die „Bude“ in Ordnung hielten, Hilfsdienste und Botengänge zu absolvieren hatten. Mancher Erwachsene kann heute noch erzählen, was er durchgemacht hatte, als er die Lehre absolvierte. Dem Bedarf an höherer Qualifikation der künftigen Fachkräfte und dem Erkämpfen von Rechten für die Auszubildenden ist es zu verdanken, daß Berufsschulen besucht werden müssen, daß Ausbildungspläne bei der Lehre eingehalten werden, daß oben erwähnte Mißbräuche mit Jugendlichen eingestellt oder doch eingedämmt wurden.

In Zeiten der Hochkonjunktur war das Angebot an Lehrstellen größer als die Zahl der Jugendlichen. Wenn auch nicht jeder seinen „Traumberuf“ erlernen konnte, so kam er doch wenigstens unter. In den letzten Jahren ist jedoch die Zahl der Lehrstellensuchenden größer als das Angebot. Ein Gesetz zur Verpflichtung der Unternehmer zur Ausbildung und zur gleichmäßigen Verteilung der Ausbildungskosten gibt es immer noch nicht. Um allen Jugendlichen eine Lehrstelle zu sichern, müßten in den hessischen Großbetrieben zehn Prozent aller Arbeitsplätze Lehrstellen sein. Schon lange fordert der DGB ein hessisches Ausbildungsplatzgesetz, mit dem über eine Umlagenfinanzierung diejenigen Unternehmen, die nicht ausbilden, einzahlen und die, die ausbilden, Zuschüsse erhalten können. Mit zustimmenden Worten einzelner Vertreter der Landesregierung in ihren Sonntagsreden zu der DGB-Forderung ist es jedenfalls nicht getan. Gerade die Großbetriebe bilden zu wenig Fachkräfte aus; bei Opel sind nur knapp 3 % der Beschäftigten Auszubildende.

Den Jugendlichen helfen – aber wie?

So wird regionalpolitischer Seite an dem Problem gewerkelt. Dort sind die Nöte der Jugendlichen und ihrer Eltern hautnah bekannt. Auch in unserer Stadt diskutiert man seit langem, wie und womit man helfen könne. Vor allem die DKP hat hier viele

Vorschläge gemacht. Nachdem man die Tatsache nicht mehr ignorieren kann, daß es ausbildungswillige und arbeitslose Jugendliche gibt, spricht man von verschiedenen Lösungsmöglichkeiten. Da ist einmal das Angebot an Gewerbebetriebe in unserer Stadt, vier Jugendliche auszubilden und dafür pro Jahr und Azubi (Auszubildender) ca. 10.000 DM aus der Stadtkasse zu erhalten. Darüber hinaus gibt es das Modell Pittler. Dieser Langener Industriebetrieb, der vor wenigen Jahren ins Wanken geriet und Massenentlassungen vornahm, kam auf die Idee, seine Lehrlingsabteilung auszugliedern und dadurch ein Geschäft zu machen. Die Gebäude, Maschinen und das Ausbildungspersonal sollen einer Ausbildungskooperation unterstellt werden, der Kommunen als Kostenträger beitreten sollen. Bürgermeister Brehl rechnete der Presse vor, daß die Stadt dafür 1,5 Mill. DM aufbringen müsse. Dafür würden der Stadt über fünf Jahre hinweg fünf Lehrstellen zur Verfügung stehen. Ein anderes Modell bietet sich in Rüsselsheim. Hier hat die Firma Opel im Verbund mit verschiedenen Kommunen einen Ausbildungsverbund gegründet, dem unsere Stadt beitreten könnte. Wieviel Jugendliche unserer Stadt dort unterkommen könnten und welche Kosten für die Stadt entstünden, muß wohl noch ermittelt werden.

Sollen Ausbildungskosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden?

Grundsätzlich muß gesagt werden, daß an einem ausgebildeten und qualifizierten Beschäftigten mehr zu verdienen ist, als an un ausgebildeten. Also sollen auch die, die später daran verdienen, die Kosten tragen. Es ist prinzipiell einfach politisch nicht in Ordnung, daß man Ausbildungskosten auf die Allgemeinheit abwälzt. Zu der Frage der Ausbildung in welchen Berufen, mit welcher Qualifikation für die Praxis, ist hier noch nicht einmal eingegangen worden. Haben die so ausgebildeten Jugendlichen auch eine Chance nach der Lehre? Gibt es genügend Nachfrage in diesen Berufen? Sträuben sich Betriebe, solche Fachkräfte einzustellen? Auch die Frage, ob allgemein bei der Ausbildung rote Zahlen für die Betriebe geschrieben werden und in welcher Höhe, ist zu stellen. Zweifel sind jedenfalls berechtigt, denn dies wäre nicht das erste Beispiel, daß aus einer Not ein Geschäft gemacht werden soll. Auch hier zeigt es sich, daß dieses Gesellschaftssystem nicht in der Lage und nicht willens ist, Fragen der Gegenwart geschweige der Zukunft zu lösen. Rudolf Dötsch



Weg mit Munitionsdepot im Oberwald!

Anlässlich der beabsichtigten Vertragsverlängerung seitens des Regierungspräsidiums in Darmstadt für das als „Verteidigungsanlage Walldorf“ genannte Munitionsdepot im Oberwald nahe unserer Stadtgrenze, hat Bürgermeister Brehl die Forderung erneuert, daß dieses Depot, in dem möglicherweise ABC-Waffen lagern, aufgelöst werden soll. Im Ballungsgebiet, nahe dem Flughafen Rhein-Main stellt dieses Munitionsdepot schon in Friedenszeiten eine Gefahr dar. Zudem kann das große Waldareal nicht als Erholungsgebiet gelten, weil es nicht zugänglich ist. Der seinerzeitige Verdacht der Grundwasserverschmutzung im Bereich der Walldorfer Förderbrunnen eben aus diesem US-Depot war nicht unbegründet, obwohl sich der Verdacht nicht absolut bestätigte. Das Gegenteil, daß eine Verschmutzung aus dem Depot nicht stattfand, kann aber auch nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden.

Die DKP unserer Stadt hat schon seit vielen Jahren versucht, Klarheit über die Art der dort lagernden Waffen zu erhalten. Durch ihre Initiative hat das Stadtparlament mehrmals Beschlüsse gefaßt mit dem Ziel, das US-Depot zu räumen. Der erste „blickpunkt“ im November 1969 berichtete unter der Überschrift „Der Tod vor unserer Haustür“ von der Existenz des Depots und dem Schweigen der Behörden.

Brehl hat bei der jüngsten Gelegenheit auch geäußert, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß das Begehren der Stadt Erfolg hat, schließlich gäbe es ein „Besatzungsstatut von 1955“. Wir sind der Meinung, daß heute utopisch Erscheinendes geäußert und gefordert werden muß, immer wieder. Wir müssen über die Existenz berichten, die Gefahren aufzeigen, wir müssen unsere Landes- und Bundespolitiker ansprechen, damit sich langfristig etwas tut.

FEHLER IM AMT?

Zum ersten Spiel der SKV-Fußballer in der Landesliga Süd fuhr ich Anfang August nach Langenselbold. Dort weisen Schilder am Ortseingang die Gemeinde als „ABC-waffenfreie Zone“ aus. Seitdem frage ich mich verstärkt, wieso es nicht möglich ist, an den Ortseingängen unserer Stadt die entsprechenden Hinweisschilder dauerhaft anzubringen.

Dies umsomehr, als sich doch Bürgermeister Brehl bisweilen gern als Stadtoberhaupt der ersten atomwaffenfreien Stadt der BRD feiern läßt. Nehmen der Bürgermeister und die von ihm geleitete Stadtverwaltung die Beschlüsse des gewählten Stadtparlaments etwa nicht ernst, oder liegt es vielleicht nur daran, daß die Herstellerfirma die Zusatzschilder mit dem falschen Text „Radarkontrollen“ geliefert hat, die seit ein paar Wochen überall herumstehen?

Heinz Gerhard



Unser „blickpunkt“-Tip

der
bp
tip

Ausschneiden
und
sammeln!

Steuerrückerstattung für Arbeitslose

Zahlreiche Arbeitslose verschenken Geld, weil sie versäumen, einen Lohnsteuerjahresausgleich beim Finanzamt einzureichen.

Was viele nicht wissen: Kosten, die bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz entstehen, können als Werbungskosten beim Finanzamt geltend gemacht werden. Dazu zählen Fahrtkosten, die bei Vorstellungsgesprächen anfallen ebenso, wie z.B. Portokosten für die Versendung von Bewerbungsunterlagen. Bedingung für die steuerliche Absetzbarkeit ist, daß diese Aufwendungen nicht von der betreffenden Firma oder dem Arbeitsamt ersetzt werden.

Auch wenn in dem Jahr, in dem diese Kosten anfallen, kein steuerpflichtiges Einkommen erzielt wurde – das Arbeitslosengeld ist steuerfrei –, muß ein Lohnsteuerjahresausgleich gestellt werden, damit die entstandenen Aufwendungen als Werbungskosten geltend gemacht werden können.

Wichtig: Alle Belege (Fahrscheine, Portoquittungen, etc.) aufbewahren und sich die Bewerbungen von den jeweiligen Unternehmen bestätigen lassen.



DISKUSSIONSFORUM

Auf Probe

Diskussionen um die Einführung von 30 km in einem Teil Mörfeldens werden mit Emotionen und Verstand geführt. Das Für und Wider wird heftig diskutiert. Zuerst muß man feststellen, daß dies ein zeitlich begrenzter Versuch ist, den Straßenverkehr zu beruhigen und damit einen Beitrag für bessere Wohnqualität zu leisten. Nach dieser „Probezeit“ wird man darüber zu entscheiden haben, ob und in welchen Straßen die Geschwindigkeitsreduzierung auf Dauer eingeführt wird. Gespräche und Mitsprache der Anwohner, Autofahrer und Verkehrsexperten sind notwendig und gefragt. Unzweifelhaft ist, daß weniger Schnelligkeit weniger Lärm und weniger Unfallge-

fahr bedeutet. Auch das Verzichten auf manche Autofahrt im innerstädtischen Bereich ist wünschenswert. Ob der Benzinverbrauch und damit Schadstoffausstoß der Autos geringer wird, bleibt dahingestellt. Schlecht sind jene Argumente zu nennen, die vorgeben, daß diese Maßnahmen den Autofahrer kriminalisieren, die Autoindustrie schädigen und fortschrittsfeindlich seien. Trotz aller Diskussion um die Umweltbelastung des Autos darf man die Fehlentwicklung der Verkehrsplanung und die großen Umweltsünder wie Hoechst AG, Caltex, Ticona, Opel, Flughafen etc. nicht aus den Augen verlieren.

Rudolf Dötsch

Zwei Seelen

Aus dem Urlaub kommend, treffe ich auf den 30-km-Schilderwald. Erster Eindruck: Ein ziemliches Durcheinander. Dann die Probe – 30 km in der Frankfurter Straße. Also, für den Anfang nervt das ganz schön, man „schleicht“. Dann durch die Westendstraße, dort 40 km/h, dann durch die Rüsselsheimer, dort wieder 50 km – unkompliziert ist es nicht – und man hört den Leuten, die über die neue Regelung schimpfen verständnisvoll zu. Das ist die eine Seite – und die andere...?

Manchmal hört man sie nachts durch die Frankfurter rasen – 80 – 90 – es quietscht – man wartet auf den Knall – schreckliche Geräusche.

Oder ich beobachte Kinder am Zebrastrifen – probier es selbst mit den 5jährigen Enkeln. „Kann man über die Straße?“ Dreimal setzen sie an – sie schaffen's nicht. Es ist schwer, die mit 50/60 km Heranfahrenden genau abzuschätzen. So gibt es sicher bei vielen unserer Bürger „zwei Seelen in der Brust“. Wir sollten also in Ruhe den 30-km-Test diskutieren.

Rudi Hechler

28.-29. September '85: Frauenfestival der **DKP**

Bürgerhaus und Fachhochschule in Frankfurt am Main

Nordwest-Zentrum

Samstag

ab 13.00 Uhr

Arbeitsgruppen

zu vielen Themen die Frauen bewegen

Frauencafe

Mädchentreff

Flohmarkt

Diskussionen

Samstag 19.30 Uhr

Frauen-Fest

Lila Luder, Hannover Kehrbesen, Giessen

Flittchen, Kassel Heckenschürzen, Frankfurt

und anderen Frauengruppen
anschliessend

Disco zum Tanzen

Sonntag ab 9.00 Uhr

Filme: Markt der Möglichkeiten

Die Verlobte DDR
With Babies and Banners USA
Union Maids USA

Topfern, Schmuck herstellen, Theaterspielen,
Singen, Malen, Stricken und vieles mehr.

Sonntag 12.00Uhr

Konzert der Solidarität

"Die Wahrheit reicht weiter als der Mond..."

Renate Fresow, Vera Sebastian, Ernesto Parra

Teilnehmerpreis DM 15
Samstag DM 9
Sonntag DM 8

* VVN – Bund der Antifaschisten und
* DGB-Ortskartell Mörfelden/Walldorf
* laden ein:

**Solidarität hilft siegen
KUNDGEBUNG**

Es sprechen:

* Ein Vertreter des Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) aus Südafrika
* und ein Vertreter der Demokratischen Volksbewegung (MDP) in Chile und
* Horst Stuckmann von der VVN –
* Bund der Antifaschisten.

* **11. September, 19.30 Uhr**
* **Salvador-Allende-Platz/Mörfelden**

* **Was ist los in Chile und Nicaragua?**

* 12 Jahre nach dem blutigen Putsch in Chile. Wie geht es weiter in diesem Land? Wird Nicaragua ein zweites Chile? Was können wir tun?

* Information, Gespräche und Dias aus Chile und Nicaragua. Diskussionsrunde mit einem Vertreter der demokratischen Chile. Dritte Welt-Verkauf, Informationsstände, anschließend

Musik aus Chile

* **Mittwoch, 11. September,**
* **20 Uhr**
* **Evang. Gemeindezentrum**
* **in Mörfelden**

Bildung vormittags

Das neue VHS-Programm liegt vor. Eine Neuheit ist ein Kursus am Vormittag. Er soll vor allem nicht berufstätige Frauen und Schichtarbeiter ansprechen. Letztere werden wohl daran nicht teilnehmen können, denn welcher im Schichtdienst Beschäftigte hat nur Spätschicht, damit er morgens seinem Bildungsbedürfnis nachkommen kann? Auch der Schichtdienst hat meist einen unterschiedlichen Rhythmus. Manche Schicht wechselt während der Woche, andere haben zweiwöchigen Wechsel oder gar Dreischichtfolge. Als Betroffener bemühte ich mich schon seit langer Zeit als Mitglied der VHS-Kommission, um ein Angebot für eben diesen Bevölkerungskreis, der nicht gerade klein ist. Möglich wäre dies nur, wenn zwei Kurse parallel morgens und abends stattfänden, damit man sie eben morgens oder abends besuchen könnte. Daß dies schwierig ist, sei unbestritten. Die Referenten sind dazu oft zeitlich nicht in der Lage oder willens. Zwei Referenten gehen unterschiedlich schnell vor. Eine Parallelität der Kurse wäre aber für Lehrende und Lernende Voraussetzung. Aber dies ohne Probieren als unmöglich zu bezeichnen, scheint voreilig. Jedenfalls sind sich alle Beteiligten in dem Punkt einig, daß für den größer werdenden Personenkreis der Schichtdienstler bildungsmäßig mehr getan werden muß.

R. Dötsch

Dialektwörter gesucht

Vor einigen Jahren hatte die DKP das Dialekt-Wörterbuch „Merfeller Gebabbel“ herausgebracht.

Es war schnell vergriffen, aber es gibt ständige Nachfrage.

So haben wir beschlossen, bis Weihnachten 1985 eine Neuauflage zu drucken, in der auch alle im „blickpunkt“ veröffentlichten „Mörfelden gestern“-Fotos veröffentlicht sind. Für diese Ausgabe suchen wir noch interessante Wörter und Redewendungen im heimatlichen Dialekt, die wir in das neue Buch aufnehmen können.

Bitte aufschreiben und einsenden an: Heinz Hechler, Vandyck-Straße 48, Mörfelden, Telefon 33 35.



Wilhelm-Hammann-Zentrum der DKP

Das Kreiszentrum der DKP in Rüsselsheim trägt seit dem 1. September, dem Antikriegstag '85 den Namen „Wilhelm-Hammann-Zentrum“.

Es waren über 80 Personen, die der Einladung folgten und an der Feierstunde teilnahmen. Unter ihnen Pfarrer, Kreistagsabgeordnete der Grünen, viele Parteilose, alte und junge Genossinnen und Genossen der DKP. Menschen, die sich für eine würdige Ehrung von Wilhelm Hammann durch den Kreis Groß-Gerau einsetzen.

Wilhelm Hammann war Kommunist, vor 1933 Landtagsabgeordneter der KPD, der von den Faschisten ins KZ-Buchenwald gebracht wurde. Dort übertrug ihm die illegale Lagerleitung die Verantwortung für den Kinderblock, und hier im KZ rettete Wilhelm Hammann unter Einsatz seines Lebens, über 300 Kinder vor dem Gas.

„Lieber werde ich sterben, als daß ich die Kinder der Vernichtungsmaschinerie der SS überlasse“, dieser Satz von ihm ist verbürgt.

Für die Rettung von über 150 jüdischen Kindern im KZ Buchenwald erhielt Wilhelm Hammann, der 1955 ums Leben kam, im vergangenen Jahr die höchste Auszeichnung des Staates Israel „Gerechter unter den Völkern“.

Nach seinem Tod, im Jahr 1955, taten die offiziellen Stellen alles, um seinen Namen und sein Wirken in Vergessenheit geraten zu lassen. Und auch noch heute tut man sich schwer mit der Ehrung Wilhelm Hammanns.

Mit der Benennung des Kreispartei-zentrums in Rüsselsheim nach Wilhelm Hammann würdigte die DKP einen tapferen Menschen, der sich bleibende

Verdienste in der Arbeiterbewegung seines Landes errungen hat.

Die Bezirksvorsitzende der DKP Hessen, Ellen Weber, sagte auf der Feierstunde unter anderem:

„Als Wilhelm Hammann und seine Kollegen und Genossen aus Buchenwald befreit nach Hause kamen, hatten sie die bis dahin größte Herausforderung, die es in der Menschheitsgeschichte gab, den Faschismus und den durch ihn verursachten 2. Weltkrieg überlebt. Sie konnten den großen Triumph des Sieges über den Faschismus nicht nur miterleben, sie hatten ihn durch ihren Widerstand mitgestaltet.“

Für diese Generation antifaschistischer Kämpfer schien keine größere Gefahr denkbar. 52 Millionen tote Menschen, davon 20 Millionen allein aus der Sowjetunion. Wer hätte damals gewagt, den Untergang menschlichen Lebens in noch größeren Dimensionen zu denken?

Heute wissen wir, daß eine Steigerung möglich ist. ... Wenn es aus der deutschen Geschichte Lehren zu vermitteln gilt, dann die, daß man den Krieg bekämpfen muß, bevor er ausbricht.“

Und weiter sagte Ellen Weber:

„Ich denke: Wir sind den Idealen und Lebenszielen unseres Genossen Hammann dann am meisten nah, wenn wir wie er das Notwendige in der jeweiligen Auseinandersetzung anpacken. ... Wir geben unserem Kreiszentrum den Namen Wilhelm Hammann in dem Bewußtsein, daß uns der Kampf zur Verteidigung des Friedens immer näher zusammenführen wird. Wir wollen Wilhelm Hammanns Leben ehren, indem wir in seinem Sinn für Frieden, soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus kämpfen.“ | Karl-Heinz Hechler



Ferien in der DDR

Alljährlich organisiert die DKP gemeinsam mit den Jungen Pionieren Kinderferienfahrten in die DDR. Dieses Jahr ging's nach Brodowin ins Ferienlager „A. S. Makarenko“. Nach anstrengender Fahrt sind „unsere“ 68 Kinder dort angekommen. Das Lager ist groß und sehr schön und bietet Platz für 800 bis 1000 Kinder. Außer den Bungalows zum Wohnen gibt's einen großen Bau, in dem der Essensraum, Kinosaal und Bastelräume untergebracht sind. Imponierend ist der große Sportplatz. Im Ferienlager herrscht Internationalität. Außer uns sind hier Kinder aus der DDR, Mocambique, Polen, CSSR und der UdSSR. Das war ein buntes Treiben bei allen Sport- und Kulturveranstaltungen. Das Programm der zwei Aufenthaltswochen war sehr vielseitig und abwechslungsreich, so daß jeder auf seine Kosten kam. Als Programmauszug seien nur einige Punkte herausgegriffen: Sonnenaufgangswanderung, Stadtbummel, Betriebsbesichtigung mit Gesprächen, Familienaufenthalt bei Gasteltern, Lagerfeuer, Kulturwettbewerb, Sportfest, Besuch der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen usw. Langeweile kam also nicht auf, und die meisten werden die guten Eindrücke von der kinderfreundlichen DDR mit nach Hause genommen haben.

Sanierung des Waldschwimmbades dringlich

Die Mörfelder sind stolz auf ihr Schwimmbad – mit Recht. Die Lage inmitten des Hochwaldes zieht nicht nur Besucher aus der Doppelstadt an, auch aus der Umgebung kommen an sonnigen Tagen viele Gäste. 20 Jahre ist das Bad in der jetzigen Gestalt alt und Reparatur und Sanierung, auch Modernisierung sind notwendig. Die gesamte Wasseraufbereitungs- und Heizanlage muß erneuert werden, das Kleinkinderbecken ist an die Umwälzanlage anzuschließen, die beiden Wasserbecken sind undicht und die Dusch- und Umkleieräume sind nicht auf dem heutigen Standard. Hygiene und Gesundheit müssen bei einem Schwimmbad an oberster Stelle ste-

hen. Die Bevölkerung wünscht kein Superbad, keine „Ried-Therme“ mit viel Firlefanz und Eintrittspreisen, die nicht erschwinglich sind. Glück haben die Rathaus-Verantwortlichen in diesem Jahr mit dem Wetter, denn bei anhaltend heißer Witterung hätte passieren können, daß das Wasser „umkippt“. Die Grenzwerte der Wasserhygiene können aufgrund verschärfter Richtlinien schon einige Zeit nicht eingehalten werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es also höchste Zeit, daß etwas getan wird. Hoffentlich – so hört man unter den Badegästen – wird die nächste Saison nicht verkürzt oder ganz geschlossen wegen Umbauarbeiten. Zeit zum Planen und Diskutieren war ja schließlich genügend, so daß die Bauarbeiten mit dem Ende der Badesaison hätten beginnen können. Oder soll die Sanierung nochmals um ein Jahr verschoben werden? Aus gesundheitlichen Gründen ist dies nicht zu verantworten.

Wie weiter mit dem Altenwohn- und Pflegeheim?

Seit über zehn Jahren wird über die Einrichtung eines Alten- und Pflegeheimes gesprochen. Viele Konzepte wurden vorgestellt und diskutiert. Wie üblich in unserem Lande fehlt das Geld für Sozialeinrichtungen. Wäre mit einer solchen Einrichtung Geld zu verdienen, gäbe es schon Privatinitiativen. Gewiß, es gibt die Angebote von Privaten auch für unsere Stadt, doch wer soll später die Mieten und Pflege bezahlen wollen und können? Alle diese privaten Konzepte basieren auf kostenloser Grundstücksübergabe und staatlichen Zuschüssen. Wie es später in den Heimen aussehen, wie gewirtschaftet und verfahren wird, soll die Stadt dann aber nichts angehen. Die Alten dürfen nicht zum Spielball von Privatinteressen werden. Klar dürfte sein, daß die Mitsprache der Stadt über Konzeption, Gestaltung und Verwaltung gegeben sein muß. Klar dürfte sein, daß es ohne staatliche Zuschüsse nicht geht.

Es ist an der Zeit, daß sich im Rathaus wieder etwas regt, daß die Bevölkerung erfährt, was geschieht. Eine Bedarfsermittlung ist hier nicht nötig. Die Gespräche mit dem Kreis und den zuständigen Landesministerien sind zu führen und die Dringlichkeit deutlich zu machen.

R.D.

Was tut man, wenn man dagegen ist, daß jetzt auch noch der Weltraum militarisiert werden soll, daß auf Kosten der Belegschaft rationalisiert wird und daß Frauen im Beruf benachteiligt werden?

VERÄNDERN
Mitglied werden



Kinder PLANET

Großes Kinderfest der
DKP und der „Jungen Pioniere“
in Mörfelden

Kommt alle!
Samstag, 14. September 1985, ab 14.00 Uhr
am Jugendzentrum Mörfelden

 Mit dem bekannten
Kinderliedersänger Klaus Hoffmann
(ab 15.00 Uhr)

 Großer Malwettbewerb
Thema: „Kinder brauchen Frieden“
(Bringt Zeichnungen mit!)

 Wir zeigen
Renn-Auto-Modelle

 Wir machen Buttons
(Fotos usw. mitbringen!)

 Siebdrucken macht Spaß!
(Bringt T-Shirts mit!)

 Wir basteln Tonsachen

 Es läuft eine große
Spiel- und Wissens-Rallye

 ... und natürlich gibt es einen Supergrill
mit Riesen-Bratwürsten

 Außerdem: Kaffee und Kuchen, Getränke usw. usw.

DKP

Was wäre Pretoria ohne Bonn?

Wenn in diesen Tagen in Südafrika die Rassistentruppen verhaften und morden, dann ist die Bundesrepublik mit dabei. Es sind Lkws von Magirus-Deutz und Daimler-Benz, mit denen die Armee- und Polizeitruppen des Rassistenregimes zu den Schwarzengettos gekarrt werden. Es sind diese Fahrzeuge, hergestellt in unserem Land, von denen auch tödliche Schüsse fallen.

Und wenn in diesen Tagen das Rassistenregime versucht, sich aus seiner Wirtschaftskrise zu hangeln, dann ist wieder die Bundesrepublik im Gespräch. Hier glauben die Rassisten kurzfristig eine Fremdwährungsanleihe aufnehmen zu können, um sich weiter über Wasser zu halten, um weiter zu morden.

Daß ohne die massive Unterstützung aus Bonn, Washington und London das

Apartheidregime in außerordentliche Bedrängnis käme, wird von Tag zu Tag deutlicher. Darüber täuschen auch keine Sonntagsreden christdemokratischer Politiker mehr hinweg.

Wie sagte der südafrikanische Friedensnobelpreisträger und Apartheidgegner Bischof Desmond Tutu kürzlich: „Reagan, Frau Thatcher und Kohl, das sind Leute, die nur vorgeben, gegen Rassismus zu sein.“ Kanzler Kohl hat zu diesem Vorwurf geschwiegen. Er weiß, warum. Schließlich hatte er es nicht für nötig gehalten, auch nur das leiseste Wort des Protestes gegen die Verbrechen der Rassisten zu äußern. Ihm ging es im Hinblick auf Südafrika nie um Menschenrechte, sondern immer nur um die Interessen jener 500 bundesdeutschen Konzerne, die dort mit Minimallöhnen für die schwarzen Arbeiter Maximal-

profite herauspressen wollen. Doch diese Konzerne und ihre Regierung geraten zunehmend unter Druck.

In Südafrika mehren sich die Streikaktionen der schwarzen Arbeiter. VW und Siemens haben das bereits in ihren Zweigwerken zu spüren bekommen. Jetzt steht ein großer Streik der Bergarbeiter in den Gold- und Kohleminen vor der Tür. In unserem Land wächst die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des Volkes von Südafrika und auch die Erkenntnis, daß die beste Solidarität, die wir leisten können, darin besteht, der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Rassistenregimes durch die Bundesregierung ein Ende zu setzen. In anderen Ländern wird diese Erkenntnis bereits in die Praxis umgesetzt. Australien, Kanada und Frankreich haben in den letz-

ten Wochen wirtschaftliche Sanktionen gegen das Apartheidregime beschlossen oder angekündigt. In den USA drängen die Parlamentarier zu ähnlichen Maßnahmen. Jetzt muß Bonn handeln.

Nelson Mandela, Südafrikas bekanntester Freiheitskämpfer seit 23 Jahren im Gefängnis.

Am 18. 7. 85 ist Nelson Mandela 67 Jahre alt geworden. Seit 23 Jahren hält ihn das südafrikanische Rassistenregime in Kerkerhaft. Wenn er diesem Regime zu Kreuze kriecht und seinen schwarzen Landsleuten erklärt, daß ihr Freiheitskampf falsch sei, will ihn Botha freilassen. Nelson Mandela hat diesen Schacher abgelehnt. Wir fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung!



Mörfelden gestern

Ein Festzug in den 30er Jahren. Aufgenommen in der Rüsselsheimer Straße in Mörfelden. Der Zug bewegte sich anscheinend in Richtung Sportplatz am „Grünen Haag“, der nach dem Kriege in die Wohnbebauung fiel. Damals war die Rüsselsheimer Straße nicht mehr als ein besserer Feldweg. Die meisten Fahrzeuge waren Pferde- und Kuhfuhrwerke, sowie Radfahrer. Ganz selten sah man ein Auto. Die wenigen, die es in Mörfelden seinerzeit gab, fuhren anscheinend hier bei dem Festzug mit. Der Fotograf hatte Glück, daß er zur gleichen Zeit noch den Zeppelin im Bild festhalten konnte.